

Bremer Erklärung - www.bremer-erklaerung.de

Wir erklären uns nicht einverstanden!

Initiative für einen Politikwechsel in Bremen

Wir erklären uns nicht einverstanden!
Nicht mit Harz IV, nicht mit der Agenda 2010
und nicht mit der bremischen
„Sanierungspolitik“.
Das sind Spielarten derselben Politik.
Es ist an der Zeit, dass dazu Alternativen for-
muliert und durchgesetzt werden.
Es ist Zeit auf die Straße zugehen und es ist
Zeit für ein Sozialforum in Bremen.

Entlang dieser Leitgedanken haben sich im
Frühjahr 2004 verschiedene BremerInnen als
Initiative für einen Politikwechsel in Bremen
zusammengefunden und die auf der Website
www.bremer-erklaerung.de dokumentierte
Bremer Erklärung unter dem Titel Wir erklären
uns nicht einverstanden! veröffentlicht.

In dieser Bremer Erklärung wird, nach über elf
Jahren "Sanierungspolitik" in Bremen, das
Scheitern dieser Politik (gemessen an den 1992
formulierten Zielen) festgestellt und u.a. als ein
Instrument der Umverteilung von gesellschaftli-
chem Reichtum und Macht von "unten nach oben"
kritisiert.

Die Bremer Erklärung schlug ein "Forum Zukunft
und Solidarität" vor, mit dem Ziel, Alternativen
zur Bremer Sanierungspolitik zu formulieren und
durchsetzen zu helfen. Diese Initiative mündete
schließlich in eine Beteiligung an der Vorbereitung
und Durchführung des ersten Bremer Sozialforums
im Juni 2005, zusammen mit attac Bremen und
vielen anderen. Jedoch hat auch dieses
Sozialforum nicht beantworten können, welche
Schritte hin zum fälligen Politikwechsel in Bremen
zu unternehmen wären.

Nun, angesichts der Bürgerschaftswahlen im Mai
2007 und auch mit dem neuen Regierungschef
Böhrnsen ist der fällige Politikwechsel in Bremen
weiterhin nicht in Sicht: Nach dem Ausbleiben der

Sanierungsgelder des Bundes und angesichts der
ernormen gesellschaftlichen Kosten und sozialen
Folgen ihrer Politik kann die große Koalition das
Scheitern der Bremer Sanierungspolitik nicht wei-
ter abstreiten - ein "business as usual" ist nun
keine Handlungsoption mehr. Wirkliche
Alternativen in der politischen Debatte sind nach
wie vor rar, einige Debattenbeiträge der letzten
Monate lassen sich als Drohung verstehen, Bremen
zu einer neoliberalen Modellregion umzubauen:
Noch weniger Staat, noch weniger öffentliche
Güter, noch weniger soziale Sicherheit und soziale
wie politische Rechte.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom
19.10.2006 wurde die Klage der Berliner Landes-
regierung auf Feststellung einer Haushaltsnotlage
- und damit die Aussicht auf Sanierungshilfen des
Bundes - abgelehnt. Nach Meinung des Gerichtes
gibt das Land weiterhin zuviel Geld aus, habe
Einsparpotenziale nicht ausgeschöpft und könne
beispielsweise den landeseigenen Wohnungs-
bestand im Wert von über fünf Milliarden Euro
verkaufen. Auswirkungen für die laufenden Klagen
der Bundesländer Saarland und Bremen sind ab-
sehbar. Währenddessen wird in Bremen die Parole
"Weiter so!" ausgegeben.

Es ist Zeit für eine neue Bremer Erklärung!
Es ist Zeit für einen Politikwechsel in Bremen!

Unsere Website www.bremer-erklaerung.de bie-
tet ein Forum der Information zur gescheiterten
Sanierung und zum neoliberalen Sanierungsregime
in Bremen.

Bremer Erklärung - Initiative für einen
Politikwechsel in Bremen

Kontakt:

Norbert Schepers, Breitenweg 25, 28195 Bremen
Mail: [info \[at\] bremer-erklaerung \[dot\] de](mailto:info@bremer-erklaerung.de)
Web: www.bremer-erklaerung.de